K-02-117 Lebenswerte Orte, lebendige Demokratie – Kommunen stärken, Zukunft sichern

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen
Beschlussdatum: 25.10.2025

Änderungsantrag zu K-02

Nach Zeile 117 einfügen:

Mieten und Nebenkosten begrenzen – für soziale Sicherheit

Mieten und Nebenkosten treiben immer mehr Menschen an ihre Grenzen. Wohnkosten sind längst kein Spiegel fairer Leistung mehr, sondern werden zu leistungslosen Gewinnen. Die Folge: Verdrängung, Angst vor Wohnungsverlust und zunehmende soziale Spaltung. Das wollen wir ändern.

Wir fordern: Das Recht auf bezahlbares Wohnen muss ins Grundgesetz!
Wohnen ist ein Teil der Daseinsvorsorge und Grundlage sozialer Teilhabe. Mieten und Nebenkosten dürfen nicht schneller steigen als Einkommen. Menschen dürfen keine Angst haben müssen, ihre Wohnung oder ihr Viertel zu verlieren.Auch die zweite Miete, die Nebenkosten, wird zur Belastung. Contracting, Intransparenz und fehlende Kontrolle treiben die Kosten. Nebenkostenabrechnungen müssen digital und nachvollziehbar werden, mit klaren gesetzlichen Standards. Die Grundsteuer darf nicht länger umlagefähig sein – sie muss aus dem Betriebskostenkatalog gestrichen werden. Mietrechtsreformen sind soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit.

Steigende Mieten entziehen Kommunen Milliarden über Wohngeld und Sozialleistungen. 2024 flossen fast 30 Milliarden Euro in Mietzuschüsse – Geld, das vor Ort fehlt. Bezahlbare Mieten sind damit auch solide Haushaltspolitik.

Wir fordern:

- Mietenstopp in angespannten Wohnungsmärkten für fünf Jahre – auch bei Neuvermietung.
- Mietpreisbremse ohne Schlupflöcher und wirksame Sanktionen gegen Verstöße.
- Kappungsgrenze: maximal 2,5 % Mietsteigerung pro Jahr, auch für Indexmieten.
- Modernisierungsumlage halbieren auf 4 % und auf 1,50 € pro m^2 begrenzen.
- Pflicht zur Bildung von Instandhaltungsrücklagen von mindestens 10 % der Mieteinnahmen.

Hohe Nebenkosten verschärfen die Lage weiter. Mit dem ETS 2 ab 2027 drohen zusätzliche Belastungen für Haushalte mit geringem Einkommen. Klimaschutz darf nicht zur Armutsfalle werden. Der CO_2-Preis muss fair verteilt werden: Wer viel verbraucht, zahlt mehr – das Klimageld entlastet die Schwächsten. Bezahlbare Wohnungen entstehen nicht durch Neubau allein, sondern durch kluges Mietrecht und Stärkung des Bestands.

Wir wollen eine neue Wohngemeinnützigkeit, die bezahlbare Mieten und klimafreundliche Sanierungen sichert. Gemeinwohlorientierte und kommunale Wohnungsunternehmen müssen wieder das Rückgrat des Wohnungsmarkts werden.

Unser Ziel: Mieten, Nebenkosten und Energiepreise dürfen niemanden aus der Wohnung drängen. Wohnen ist ein Grundrecht – und Voraussetzung für eine sozial gerechte, demokratische Gesellschaft.

Begründung

Kommunen brauchen die Miet- und Nebenkostentransparenz, mietrechtliche Klarheit zum Schutze ihrer Bevölkerungen. Nur so werden die Menschen sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen können und starke Kommunen bestehen aus Menschen, die sich aktiv beteiligen können, ihre Bildungschancen wahren und am kulturellen Austausch teilnehmen können.